

Bill of Rights 1688

(1 Will. & Mar. sess. 2 c. 2)

Aus dem Englischen übertragen von Ralph Glücksmann

Ein Gesetz zur Erklärung der Rechte und Freiheiten der Untertanen und zur Festlegung der Thronfolge.

Nachdem die geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen sich in Westminster versammelt haben, in rechtmäßiger Weise, vollzählig und in freier Vertretung aller Stände des Volkes dieses Reiches, haben sie am 13. Februar im Jahre unseres Herrn 1688 [neue Bezeichnung: 1689] Ihren Majestäten, genannt und bekannt unter den Namen und Titeln Wilhelm und Maria, Prinz und Prinzessin von Oranien, anwesend in eigener Person, eine bestimmte schriftliche Erklärung, verfasst von den besagten Lords und Bürgerlichen, mit folgendem Wortlaut übergeben:

Nachdem der ehemalige König Jakob II. mit Hilfe verschiedener von ihm bestellter schlechter Ratgeber, Richter und Minister versucht hat, die protestantische Religion und die Gesetze und Freiheiten dieses Königreiches zu untergraben und auszurotten,

1. indem er sich ohne Zustimmung des Parlaments die Befugnis anmaßte, Gesetze und ihren Vollzug außer Acht zu lassen und außer Kraft zu setzen;
2. indem er verschiedene ehrenwerte Prälaten verfolgen ließ, weil sie untertänigst darum gebeten hatten, hierbei nicht mitwirken zu müssen;
3. indem er unter dem großen Siegel die Weisung zur Errichtung eines Gerichtshofes mit dem Namen „Gericht der Kommissare für kirchliche Angelegenheiten“ erteilte;
4. indem er für und zum Nutzen der Krone unter Berufung auf sein Vorrecht Gelder erhob, und zwar für einen anderen Zeitraum und in anderer Art, als dies vom Parlament bewilligt war;
5. indem er ohne Zustimmung des Parlaments in diesem Königreich in Friedenszeiten ein stehendes Heer aushob und unterhielt und ungesetzlicherweise Soldaten einquartierte;
6. indem er mehrere gute Untertanen protestantischen Glaubens entwaffnen ließ, während zur gleichen Zeit Anhänger des Papstes ungesetzlicherweise bewaffnet und einberufen wurden;
7. indem er die Freiheit der Wahl von Parlamentsmitgliedern verletzte;
8. indem er Verfahren vor das königliche Hofgericht brachte, für die nur das Parlament zuständig gewesen wäre, und wegen verschiedener anderer willkürlicher und ungesetzlicher Abläufe;
9. indem in den letzten Jahren parteiische, korrupte und unqualifizierte Personen als Geschworene eingesetzt wurden und an Gerichtsverhandlungen teilnahmen, insbesondere verschiedene Geschworene in Gerichtsverfahren wegen Hochverrats, die nicht freie Grundeigentümer waren;
10. indem übermäßig hohe Bürgschaften von Personen verlangt wurden, die in eine Strafsache verwickelt waren, um die im Interesse der Freiheit der Untertanen geschaffenen Rechtsvorteile zu umgehen;
11. indem übermäßig hohe Geldstrafen auferlegt und ungesetzliche und grausame Strafen ausgesprochen wurden;
12. indem mehrere Zusagen und Versprechungen von Geldstrafen und Verfahrenseinstellungen gegeben wurden, bevor überhaupt irgendeine Verurteilung der Personen erfolgte, denen sie hätten auferlegt werden können.

All dies steht vollkommen in direktem Widerspruch zu den bekannten Gesetzen und Statuten und der Freiheit dieses Reiches.

Und nachdem der besagte ehemalige König Jakob II. die Regierung abgegeben hat und der Thron dadurch frei geworden ist, hat seine Hoheit der Prinz von Oranien (den der allmächtige Gott zum ruhmreichen Instrument der Befreiung von Papismus und tyrannischer Macht ausersehen hat) auf den Rat der geistlichen und weltlichen Lords und verschiedener führender Persönlichkeiten unter den Bürgerlichen veranlasst, dass an die geistlichen und weltlichen Lords protestantischen Glaubens und an die einzelnen Grafschaften, Städte, Universitäten, Bezirke und die *Cinque Ports* [ein Städtebund der fünf Häfen Dover, Sandwich, Rumney, Winchelsea und Rye] Briefe geschrieben wurden mit der Aufforderung, geeignete Persönlichkeiten auszuwählen, die zu ihrer Vertretung ins Parlament entsandt werden und sich dort am 22. Januar dieses Jahres 1688 [neue Bezeichnung: 1689] in Westminster versammeln und tagen sollen, um dafür Sorge zu tragen, dass ihre Religion, ihre Gesetze und ihre Freiheiten nicht aufs Neue in die Gefahr geraten, untergraben zu werden: Auf diese Briefe hin sind entsprechende Wahlen abgehalten worden.

Und daraufhin haben sich die besagten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen gemäß den entsprechenden Briefen und durchgeführten Wahlen jetzt in vollzähliger und freier Vertretung dieser Nation versammelt und erklären nach ernsthafter Erwägung der besten Mittel zur Erreichung der vorerwähnten Ziele (wie es ihre Vorfahren in ähnlichen Fällen gewöhnlich getan haben) zur Verteidigung und Behauptung ihrer alten Rechte und Freiheiten:

1. dass die angemaßte Befugnis, Gesetze und ihren Vollzug durch königliche Autorität ohne die Zustimmung des Parlaments außer Kraft zu setzen, ungesetzlich ist;
2. dass die in der letzten Zeit angemaßte und ausgeübte Befugnis, Gesetze und ihren Vollzug durch königliche Autorität außer Acht zu lassen, ungesetzlich ist;
3. dass die Weisung zur Errichtung des ehemaligen Gerichts der Kommissare für kirchliche Angelegenheiten und alle anderen Weisungen und Gerichtshöfe ähnlicher Natur ungesetzlich und verderblich sind;
4. dass die Erhebung von Geldern für und zum Nutzen der Krone unter Berufung auf das Vorrecht ohne Bewilligung des Parlamentes für einen längeren Zeitraum oder in anderer Art, als dies bewilligt ist oder bewilligt werden sollte, ungesetzlich ist;
5. dass die Untertanen das Recht haben, Petitionen an den König zu richten, und jegliche Verfolgungen wegen der Einreichung solcher Petitionen ungesetzlich sind;
6. dass die Aushebung oder Unterhaltung eines stehenden Heeres in diesem Königreich in Friedenszeiten unrechtmäßig ist, es sei denn, das Parlament hätte dem zugestimmt;
7. dass die Untertanen protestantischen Glaubens ihrer Stellung gemäß, und soweit das Gesetz es erlaubt, Waffen zu ihrer Verteidigung besitzen dürfen;
8. dass die Wahl der Parlamentsmitglieder frei sein sollte;
9. dass die Freiheit der Rede sowie der Inhalt von Debatten oder Verhandlungen im Parlament an keinem anderen Gericht oder Ort außerhalb des Parlamentes unter Anklage oder in Frage gestellt werden sollte;
10. dass keine übermäßig hohen Bürgschaften verlangt noch übermäßig hohe Geldstrafen auferlegt oder grausame und ungewöhnliche Strafen ausgesprochen werden sollten;
11. dass Geschworene ordnungsgemäß eingesetzt werden und Geschworene in Gerichtsverfahren wegen Hochverrats freie Grundeigentümer sein sollten;
12. dass alle Zusagen und Versprechungen von Geldstrafen und Verfahreinstellungen an bestimmte Personen vor ihrer Verurteilung ungesetzlich und nichtig sind;

13. und dass zur Vermeidung aller Missstände und zur Verbesserung, Stärkung und Erhaltung der Gesetze des Öfteren Parlamentssitzungen abgehalten werden sollten.

Und sie beanspruchen, fordern und bestehen auf allen und jedem einzelnen der vorgenannten Punkte als ihren unzweifelbaren Rechten und Freiheiten; keinerlei Erklärungen, Urteile, Handlungen oder Verfahren, die dem Volk in einem dieser Punkte zum Nachteil gereichen, sollen hiernach in irgendeiner Weise Konsequenzen haben oder als Beispiel dienen; zu dieser Forderung ihrer Rechte als dem einzigen Mittel zur Erlangung vollständiger Abhilfe und Wiedergutmachung sind sie insbesondere durch die Erklärung Seiner Hoheit des Prinzen von Oranien ermutigt worden.

Sie vertrauen daher voll darauf, dass seine Hoheit der Prinz von Oranien die von ihm so weit geförderte Befreiung vollenden und sie vor der Verletzung ihrer hier von ihnen bekräftigten Rechte sowie vor allen sonstigen Angriffen auf ihre Religion, ihre Rechte und ihre Freiheiten bewahren wird; die besagten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen, versammelt in Westminster, beschließen daher, dass Wilhelm und Maria, Prinz und Prinzessin von Oranien, zum König und zur Königin von England, Frankreich und Irland sowie der dazugehörigen Gebiete erklärt werden und die Krone und die königliche Würde der besagten Königreiche und Gebiete zu ihren Lebzeiten und den Lebzeiten ihrer Nachfolger innehaben werden; und dass die königliche Gewalt zu ihrer beiden Lebzeiten einzig und uneingeschränkt von dem besagten Prinzen von Oranien im Namen des besagten Prinzen und der besagten Prinzessin ausgeübt wird; und nach ihrem Ableben wird die besagte Krone und königliche Würde der besagten Königreiche und Gebiete den leiblichen Nachkommen der besagten Prinzessin und in Ermangelung solcher Nachkommen der Prinzessin Anna von Dänemark und ihren leiblichen Nachkommen und in Ermangelung solcher den leiblichen Nachkommen des Prinzen von Oranien zufallen. Und die geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen bitten den besagten Prinzen und die besagte Prinzessin, dieses entsprechend anzunehmen.

Und die nachgenannten Eide sollen allen Personen abgenommen werden, von denen das Gesetz eine besondere Treuepflicht und die Anerkennung der obersten Gewalt fordert, und zwar an Stelle jener Eide, die gegenwärtig abgeleistet werden; und die erwähnten Eide auf die Treuepflicht und Anerkennung der obersten Gewalt sollen abgeschafft werden.

„Ich, A. B., verspreche aufrichtig und schwöre, dass ich treu und wahrhaft gehorsam gegenüber Ihren Majestäten König Wilhelm und Königin Maria sein werde. So wahr mir Gott helfe.“

„Ich, A. B., schwöre, dass ich aus tiefstem Herzen die schändliche Lehre und Haltung hasse, verabscheue und ihr als gottlos und ketzerisch abschwöre, dass nämlich diejenigen Fürsten, die vom Papst oder irgendeiner Autorität des römischen Stuhls exkommuniziert oder entmachtet worden sind, von ihren Untertanen oder irgendjemand anderem abgesetzt oder ermordet werden dürfen. Und ich erkläre, dass kein ausländischer Prinz, Prälat, Staat, Machthaber oder andere ausländische Person irgendeine Gerichtsbarkeit, Macht, Überlegenheit, Vormachtstellung oder kirchliche oder geistliche Autorität in diesem Königreich besitzt oder besitzen sollte. So wahr mir Gott helfe.“

Danach nahmen Ihre Majestäten die Krone und die königliche Würde der Königreiche England, Frankreich und Irland und der dazugehörigen Gebiete an, entsprechend der Erklärung und dem Wunsch der besagten Lords und Bürgerlichen aus der besagten Erklärung.

Und danach waren Ihre Majestäten erfreut darüber, dass die geistlichen und weltlichen Lords und die Bürgerlichen, die die zwei Häuser des Parlaments bilden, ihre Tagung fortsetzen und unter Mitwirkung Ihrer Königlichen Majestäten wirksame Regelungen über die Fragen der Religion, der Gesetze und Freiheiten dieses Königreiches treffen wollten, damit diese in Zukunft nicht wieder in die Gefahr geraten würden, untergraben zu werden; deswegen haben die geistlichen und weltlichen Lords und die Bürgerlichen ihr Einverständnis bekundet, entsprechend fortzufahren.

In der Folge des Vorausgegangenen ersuchen die im Parlament versammelten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen nunmehr um Bestätigung und Feststellung der besagten Erklärung mit den darin enthaltenen Artikeln, Klauseln, Inhalten und dergleichen durch ein in ordnungsgemäßer Form mit der Autorität des Parlaments verabschiedetes Gesetz, damit alle in dieser Erklärung geforderten und beanspruchten Rechte und Freiheiten wahrhafte, alte und unbestreitbare Rechte und Freiheiten des Volkes dieses Königreiches werden mögen und als solche geschätzt, gewährt, zuerkannt, geachtet und begriffen werden, und damit alle vorerwähnten Einzelheiten, wie sie in dieser Erklärung ausdrücklich angeführt sind, fest und genau eingehalten und beachtet werden; und alle Beamten und Minister sollen Ihren Majestäten und deren Nachfolgern zu allen Zeiten in Übereinstimmung mit dieser Erklärung dienen.

Und wenn die besagten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen ernstlich bedenken, wie es dem allmächtigen Gott gefallen hat, in seiner wunderbaren Weisheit und gnadenreichen Güte für diese Nation, die königlichen Majestäten so glücklich zu schützen und zu bewahren, sodass sie über uns auf dem Thron ihrer Vorfahren herrschen können, so bringen sie ihm aus tiefstem Herzen ihren demütigen Dank und ihr Lob entgegen, und sie glauben und gestehen, erkennen und erklären hierdurch wahrhaftig, fest, aus Überzeugung und mit der Aufrichtigkeit ihres Herzens, nachdem König Jakob II. die Regierung abgegeben hat und Ihre Majestäten die Krone und die königliche Würde wie erwähnt angenommen haben, dass Ihre Majestäten nach den Gesetzen dieses Königreichs unserer oberster Lehnsherr und unsere oberste Lehnsherrin, König und Königin von England, Frankreich und Irland und der dazugehörigen Gebiete geworden sind und rechtmäßig sein sollen; diesen fürstlichen Personen werden das königliche Land, die Krone und königliche Würde der erwähnten Königreiche mit allen dazugehörigen Ehren, Namen, Titeln, Regalien, Vorrechten, Machtbefugnissen, Gerichtsbarkeiten und Amtsgewalten vollständig und rechtmäßig übergeben. Und zur Vermeidung aller Streite und Uneinigkeiten in diesem Königreich wegen irgendwelcher angemessenen Titel und zur Erhaltung der Bestimmtheit in deren Nachfolge, worin und wovon die Eintracht, der Friede, die Ruhe und Sicherheit dieser Nation unter Gott vollständig besteht und abhängt, ersuchen die besagten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen Ihre Majestäten, dass verfügt, festgestellt und erklärt wird, dass die Krone und die königliche Regierung der besagten Königreiche und Gebiete mit allen dazugehörigen Gütern jetzt und immer Ihren besagten Majestäten und deren überlebendem Teil während ihres Lebens und des Lebens ihres überlebenden Teils gehört: Und dass die gesamte und vollständige Anwendung der königlichen Macht und Regierung nur von Ihrer Majestät im Namen ihrer beiden Majestäten während ihres gemeinschaftlichen Lebens ausgeübt wird; und nach ihrem Ableben sollen die besagte Krone und die Güter den leiblichen Nachkommen Ihrer Majestät zustehen und dort verbleiben, und in Ermangelung solcher Nachkommen Ihrer königlichen Hoheit Prinzessin Anna von Dänemark und ihren leiblichen Nachkommen, und in Ermangelung solcher Nachkommen den leiblichen Nachkommen seiner besagten Majestät: Und dieser Regelung unterwerfen sich die besagten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen im Namen des ganzen oben genannten Volkes für alle Zeit demütig und treu, auch im Namen ihre Erben und Nachkommen; und sie versprechen ehrlich, dass sie Ihre besagten Majestäten und beschützen, verteidigen und zu ihnen stehen wollen, auch die hierin festgeschriebene und mit der Beschränkung festgelegte Thronfolge, und zwar mit all ihrer Macht, ihrem Leben und ihrem Hab und Gut gegen alle Personen, die irgendetwas dagegen unternehmen sollten.

Und nachdem die Erfahrung gezeigt hat, dass es mit der Sicherheit und Wohlfahrt dieses protestantischen Königreiches unvereinbar ist, von einem papistischen Fürsten oder von einem König oder einer Königin regiert zu werden, die einen Papisten geheiratet haben, ersuchen die besagten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen ferner darum, dass verfügt wird, dass alle Personen, die in Übereinstimmung oder Verbindung mit dem römischen Stuhl oder der römischen Kirche stehen oder stehen werden oder die papistische Religion besitzen oder einen Papisten heiraten, von der Krone und Regierung dieses Königreichs und Irlands und der dazugehörigen Gebiete oder von Teilen derselben ausgeschlossen

und für immer unfähig sein sollen, diese zu erben oder zu besitzen oder irgendeine königliche Macht, Amtsgewalt oder Gerichtsbarkeit innerhalb derselben zu haben, zu nutzen oder auszuüben; und sollte dieser Fall dennoch eintreten, sollen die Völker dieser Königreiche von ihrer Treuepflicht entbunden sein; und die besagte Krone und Regierung sollen von Zeit zu Zeit an diejenigen protestantischen Personen fallen und von ihnen genossen werden, welche dieselbe geerbt und genossen hätten, für den Fall, die genannten Personen, welche auf oben genannte Art geweiht sind, die Gemeinschaft halten, sich bekennen oder heiraten, wären faktisch tot. Und jeder König und jede Königin dieses Königreiches, welche irgendwann die Herrscherkrone dieses Königreiches erhalten oder erben, soll am ersten Tage der Versammlung des ersten Parlament nach seiner Thronbesteigung, auf seinem oder ihrem Thron im Oberhaus sitzend, in Gegenwart der dort versammelten Lords und Bürgerlichen, oder bei seiner oder ihrer Krönung vor denjenigen Personen, welche ihm oder ihr den Eid abnehmen, zum Zeitpunkt der Eidesleistung (die zuerst geschehen soll) die Erklärung abgeben, unterzeichnen und vernehmbar verlesen, die in dem Gesetz aus dem dreißigsten Jahr der Regierung König Karls II. erwähnt ist, mit dem Titel: „Ein Gesetz zur wirksameren Unterstützung der Person des Königs und der Regierung durch Aussperren der Papisten von den Sitzungen beider Häuser des Parlaments.“ Aber wenn es geschehen sollte, dass ein solcher König oder eine solche Königin bei seiner oder ihrer Thronfolge in diesem Königreich das zwölfte Lebensjahr noch nicht erreicht hat, dann soll dieser König oder diese Königin die besagte Erklärung abgeben, unterzeichnen und vernehmbar verlesen bei seiner oder ihrer Krönung oder am ersten Tag der Versammlung des ersten Parlaments, welches zuerst zusammentritt, nachdem ein solcher König oder eine solche Königin das zwölfte Lebensjahr erreicht hat.

Alles was Ihren Majestäten genehm und gefällig ist, soll mit der Autorität dieses gegenwärtigen Parlaments erklärt, verfügt und festgelegt werden und als Gesetz dieses Königreiches für immer bestehen bleiben; und all dies wird nunmehr durch Ihre Majestäten mit dem Rat und der Zustimmung der im Parlament versammelten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen und mit der Autorität des Parlaments entsprechend erklärt, verfügt und festgelegt.

II. Und es wird weiterhin erklärt und durch die vorerwähnte Autorität verfügt, dass von dieser derzeitigen Sitzung des Parlaments an keine vollständige oder teilweise Befreiung von den Vorschriften eines Gesetzes durch ein „non obstante“ mehr zulässig ist, sondern dass eine solche Befreiung vielmehr nichtig und ohne Rechtswirkung ist, sofern nicht eine Befreiung nach dem Gesetz selbst erlaubt ist, und mit Ausnahme solcher Fälle, die während der derzeitigen Sitzung des Parlaments durch Gesetz festgelegt werden.

III. Es wird bestimmt, dass vor dem 23. Oktober im Jahre unseres Herrn 1689 bewilligte Urkunden, Genehmigungen und Gnadenerweise durch dieses Gesetz in keiner Weise aufgehoben oder für ungültig erklärt werden, sondern sie sollen vielmehr mit gleicher Kraft und Wirksamkeit rechtsgültig bleiben, nicht anders, als wenn dieses Gesetz niemals gemacht worden wäre.

Bill of Rights 1688 (1 Will. & Mar. sess. 2 c. 2)

Englischer Originaltext

An act declaring the rights and liberties of the subject and settling the succession of the crown.

WHEREAS the lords spiritual and temporal, and commons assembled at Westminster, lawfully, fully, and freely representing all the estates of the people of this realm, did upon the

thirteenth day of February, in the year of our Lord one thousand six hundred eighty eight, present unto their Majesties, then called and known by the names and stile of William and Mary, prince and princess of Orange, being present in their proper persons, a certain declaration in writing, made by the said lords and commons, in the words following, viz.:

WHEREAS the late King James the Second, by the assistance of divers evil counsellors, judges, and ministers employed by him, did endeavour to subvert and extirpate the protestant religion, and the laws and liberties of this kingdom;

1. By assuming and exercising a power of dispensing with and suspending of laws, and the execution of laws, without consent of parliament;
2. By committing and prosecuting divers worthy prelates, for humbly petitioning to be excused from concurring to the said assumed power;
3. By issuing and causing to be executed a commission under the great seal for erecting a court called, the court of commissioners for ecclesiastical causes;
4. By levying money for and to the use of the crown, by pretence of prerogative, for other time, and in other manner, than the same was granted by parliament;
5. By raising and keeping a standing army within this kingdom in time of peace, without consent of parliament, and quartering soldiers contrary to law;
6. By causing several good subjects, being protestants, to be disarmed, at the same time when papists were both armed and employed, contrary to law;
7. By violating the freedom of election of members to serve in parliament;
8. By prosecutions in the court of King's bench, for matters and causes cognizable only in parliament; and by divers other arbitrary and illegal courses;
9. And whereas of late years, partial, corrupt, and unqualified persons have been returned and served on juries in trials, and particularly divers jurors in trials for high treason, which were not freeholders;
10. And excessive bail hath been required of persons committed in criminal cases, to elude the benefit of the laws made for the liberty of the subjects;
11. And excessive fines have been imposed; and illegal and cruel punishments inflicted;
12. And several grants and promises made of fines and forfeitures, before any conviction or judgment against the persons, upon whom the same were to be levied;

All which are utterly and directly contrary to the known laws and statutes, and freedom of this realm;

And whereas the said late King James the Second having abdicated the government, and the throne being thereby vacant, his highness the prince of Orange (whom it hath pleased Almighty God to make the glorious instrument of delivering this kingdom from popery and arbitrary power) did (by the advice of the lords spiritual and temporal, and divers principal persons of the commons) cause letters to be written to the lords spiritual and temporal, being protestants; and other letters to the several counties, cities, universities, boroughs, and cinque ports, for the choosing of such persons to represent them, as were of right to be sent to parliament, to meet and sit at Westminster upon the two and twentieth day of January, in this year one thousand six hundred eighty and eight, in order to such an establishment, as that their religion, laws, and liberties might not again be in danger of being subverted: upon which letters, elections have been accordingly made;

And thereupon the said lords spiritual and temporal, and commons, pursuant to their respective letters and elections, being now assembled in a full and free representative of this nation, taking into their most serious consideration the best means for attaining the ends aforesaid; do

in the first place (as their ancestors in like case have usually done) for the vindicating and asserting their ancient rights and liberties, declare:

1. That the pretended power of suspending of laws, or the execution of laws, by regal authority, without consent of parliament, is illegal;
2. That the pretended power of dispensing with laws, or the execution of laws, by regal authority, as it hath been assumed and exercised of late, is illegal;
3. That the commission for erecting the late court of commissioners for ecclesiastical causes, and all other commissions and courts of like nature are illegal and pernicious;
4. That levying money for or to the use of the crown, by pretence of prerogative, without grant of parliament, for longer time, or in other manner than the same is or shall be granted, is illegal;
5. That it is the right of the subjects to petition the King, and all committments and prosecutions for such petitioning are illegal;
6. That the raising or keeping a standing army within the kingdom in time of peace, unless it be with consent of parliament, is against law;
7. That the subjects which are protestants, may have arms for their defence suitable to their conditions, and as allowed by law;
8. That election of members of parliament ought to be free;
9. That the freedom of speech, and debates or proceedings in parliament, ought not to be impeached or questioned in any court or place out of parliament;
10. That excessive bail ought not to be required, nor excessive fines imposed; nor cruel and unusual punishments inflicted;
11. That jurors ought to be duly impanelled and returned, and jurors which pass upon men in trials for high treason ought to be freeholders;
12. That all grants and promises of fines and forfeitures of particular persons before conviction, are illegal and void;
13. And that for redress of all grievances, and for the amending, strengthening, and preserving of the laws, parliaments ought to be held frequently.

And they do claim, demand, and insist upon all and singular the premisses, as their undoubted rights and liberties; and that no declarations, judgments, doings or proceedings, to the prejudice of the people in any of the said premisses, ought in any wise to be drawn hereafter into consequence or example; to which demand of their rights they are particularly encouraged by the declaration of his highness the prince of Orange, as being the only means for obtaining a full redress and remedy therein.

Having therefore an entire confidence, That his said highness the prince of Orange will perfect the deliverance so far advanced by him, and will still preserve them from the violation of their rights, which they have here asserted, and from all other attempts upon their religion, rights, and liberties; the said lords spiritual and temporal, and commons, assembled at Westminster, do resolve, That William and Mary prince and princess of Orange be, and be declared, King and Queen of England, France and Ireland, and the dominions thereunto belonging, to hold the crown and royal dignity of the said kingdoms and dominions to them the said prince and princess during their lives, and the life of the survivor of them; and that the sole and full exercise of the regal power be only in, and executed by the said prince of Orange, in the names of the said prince and princess, during their joint lives; and after their deceases, the said crown and royal dignity of the said kingdoms and dominions to be to the heirs of the body of the said princess; and for default of such issue to the princess Anne of Denmark, and the heirs

of her body; and for default of such issue to the heirs of the body of the said prince of Orange. And the lords spiritual and temporal, and commons, do pray the said prince and princess to accept the same accordingly.

And that the oaths hereafter mentioned be taken by all persons of whom the oaths of allegiance and supremacy might be required by law, instead of them; and that the said oaths of allegiance and supremacy be abrogated.

„I, A. B., do sincerely promise and swear, That I will be faithful, and bear true allegiance, to their Majesties King William and Queen Mary. So help me God.“

„I, A. B., do swear, That I do from my heart abhor, detest, and abjure as impious and heretical, that damnable doctrine and position, That princes excommunicated or deprived by the pope, or any authority of the see of Rome, may be deposed or murdered by their subjects, or any other whatsoever. And I do declare, That no foreign prince, person, prelate, state, or potentate hath, or ought to have any jurisdiction, power, superiority, pre-eminence, or authority ecclesiastical or spiritual, within this realm. So help me God.“

Upon which their said Majesties did accept the crown and royal dignity of the kingdoms of England, France, and Ireland, and the dominions thereunto belonging, according to the resolution and desire of the said lords and commons contained in the said declaration.

And thereupon their Majesties were pleased, That the said lords spiritual and temporal, and commons, being the two houses of parliament, should continue to sit, and with their Majesties royal concurrence make effectual provision for the settlement of the religion, laws and liberties of this kingdom, so that the same for the future might not be in danger again of being subverted; to which the said lords spiritual and temporal, and commons, did agree and proceed to act accordingly.

Now in pursuance of the premisses, the said lords spiritual and temporal, and commons, in parliament assembled, for the ratifying, confirming and establishing the said declaration, and the articles, clauses, matters, and things therein contained, by the force of a law made in due form by authority of parliament, do pray that it may be declared and enacted, That all and singular the rights and liberties asserted and claimed in the said declaration, are the true, ancient, and indubitable rights and liberties of the people of this kingdom, and so shall be esteemed, allowed, adjudged, deemed, and taken to be, and that all and every the particulars aforesaid shall be firmly and strictly holden and observed, as they are expressed in the said declaration; and all officers and ministers whatsoever shall serve their Majesties and their successors according to the same in all times to come.

And the said lords spiritual and temporal, and commons, seriously considering how it hath pleased Almighty God, in his marvellous providence, and merciful goodness to this nation, to provide and preserve their said Majesties royal persons most happily to reign over us upon the throne of their ancestors, for which they render unto him from the bottom of their hearts their humblest thanks and praises, do truly, firmly, assuredly, and in the sincerity of their hearts think, and do hereby recognize, acknowledge and declare, That King James the Second having abdicated the government, and their Majesties having accepted the crown and royal dignity as aforesaid, their said Majesties did become, were, are, and of right ought to be, by the laws of this realm, our sovereign liege lord and lady, King and Queen of England, France, and Ireland, and the dominions thereunto belonging, in and to whose princely persons the royal state, crown, and dignity of the said realms, with all honours, stiles, titles, regalities, prerogatives, powers, jurisdictions and authorities to the same belonging and appertaining, are most fully, rightfully, and intirely invested and incorporated, united and annexed. And for preventing all questions and divisions in this realm, by reason of any pretended titles to the crown, and for preserving a certainty in the succession thereof, in and upon which the unity, peace, tranquillity, and safety of this nation doth, under God, wholly consist and depend, The said lords spiritual and temporal, and commons, do beseech their Majesties that it may be enacted,

established and declared, That the crown and regal government of the said kingdoms and dominions, with all and singular the premisses thereunto belonging and appertaining, shall be and continue to their said Majesties, and the survivor of them, during their lives, and the life of the survivor of them: And that the intire, perfect, and full exercise of the regal power and government be only in, and executed by his Majesty, in the names of both their Majesties during their joint lives; and after their deceases the said crown and premisses shall be and remain to the heirs of the body of her Majesty; and for default of such issue, to her royal highness the princess Anne of Denmark, and the heirs of her body; and for default of such issue, to the heirs of the body of his said Majesty: And thereunto the said lords spiritual and temporal, and commons, do, in the name of all the people aforesaid, most humbly and faithfully submit themselves, their heirs and posterities for ever; and do faithfully promise, That they will stand to, maintain, and defend their said Majesties, and also the limitation and succession of the crown herein specified and contained, to the utmost of their powers, with their lives and estates, against all persons whatsoever, that shall attempt any thing to the contrary.

And whereas it hath been found by experience, that it is inconsistent with the safety and welfare of this protestant kingdom, to be governed by a popish prince, or by any King or Queen marrying a papist; the said lords spiritual and temporal, and commons, do further pray that it may be enacted, That all and every person and persons that is, are or shall be reconciled to, or shall hold communion with, the see or church of Rome, or shall profess the popish religion, or shall marry a papist, shall be excluded, and be for ever incapable to inherit, possess, or enjoy the crown and government of this realm, and Ireland, and the dominions thereunto belonging, or any part of the same, or to have, use, or exercise any regal power, authority, or jurisdiction within the same; and in all and every such case or cases the people of these realms shall be, and are hereby absolved of their allegiance; and the said crown and government shall from time to time descend to, and be enjoyed by such person or persons, being protestants, as should have inherited and enjoyed the same, in case the said person or persons so reconciled, holding communion, or professing, or marrying as aforesaid, were naturally dead. And that every King and Queen of this realm, who at any time hereafter shall come to and succeed in the imperial crown of this kingdom, shall on the first day of the meeting of the first parliament, next after his or her coming to the crown, sitting in his or her throne in the house of peers, in the presence of the lords and commons therein assembled, or at his or her coronation, before such person or persons who shall administer the coronation oath to him or her, at the time of his or her taking the said oath (which shall first happen) make, subscribe, and audibly repeat the declaration mentioned in the statute made in the thirtieth year of the reign of King Charles the Second, entitled: An act for the more effectual preserving the King's person and government by disabling papists from sitting in either house of parliament. But if it shall happen, that such King or Queen, upon his or her succession to the crown of this realm, shall be under the age of twelve years, then every such King or Queen shall make, subscribe, and audibly repeat the said declaration at his or her coronation, or the first day of the meeting of the first parliament as aforesaid, what shall first happen after such King or Queen shall have attained the said age of twelve years.

All which their Majesties are contented and pleased shall be declared, enacted, and established by authority of this present parliament, and shall stand, remain, and be the law of this realm for ever; and the same are by their said Majesties, by and with the advice and consent of the lords spiritual and temporal, and commons, in parliament assembled, and by the authority of the same, declared, enacted, and established accordingly.

II. And be it further declared and enacted by the authority aforesaid, That from and after this present session of parliament, no dispensation by non obstante of or to any statute, or any part thereof, shall be allowed, but that the same shall be held void and of no effect, except a dispensation be allowed of in such statute, and except in such cases as shall be specially

provided for by one or more bill or bills to be passed during this present session of parliament.

III. Provided that no charter, or grant, or pardon, granted before the three and twentieth day of October, in the year of our Lord one thousand six hundred eighty nine shall be any ways impeached or invalidated by this act, but that the same shall be and remain of the same force and effect in law, and no other then as if this act had never been made.

[Quelle: The UK Statute Law Database]